

Beide Basel gehen aufeinander zu

Basel | Zweiter Anlauf zur ärztlichen Zulassungssteuerung

Die Regierungen der Kantone Baselland und Basel-Stadt legen neue Gesetzesgrundlagen in der ambulanten Zulassungssteuerung vor und genehmigten gleichlautende Spitallisten in der psychiatrischen Versorgung. Ein Schritt wieder zu mehr Zusammenarbeit?

Tobias Gfeller

Die Zusammenarbeit zwischen Baselland und Basel-Stadt im Gesundheitswesen erhält neuen Schwung. Am Montagmorgen präsentierten die beiden Gesundheitsdirektoren Thomi Jourdan (Baselland, EVP) und Lukas Engelberger (Basel-Stadt, «Mitte») an ihrer ersten gemeinsamen Medienkonferenz eine neue Gesetzesgrundlage in der ambulanten Zulassungssteuerung und gleichlautende Spitallisten in der psychiatrischen Versorgung.

In der ambulanten Zulassungssteuerung zur Beschränkung der Anzahl Ärztinnen und Ärzte wurde eine neue Gesetzesgrundlage auf Baselbieter Seite notwendig, weil das Kantonsgericht am 1. April vergangenen Jahres eine Beschwerde der Hirslanden-Klinik Birshof gegen die entsprechende Verordnung des Regierungsrats gutgeheissen hatte. Das Kantonsgericht monierte, der Regierungsrat habe seine Kompetenzen überschritten. Eine solche Zulassungssteuerung brauche eine Gesetzesvorlage durch den Landrat. Diesen Weg will Thomi Jourdan in Absprache mit Lukas Engelberger nun beschreiten, um juristisch auf der sicheren Seite zu sein. Mit der Zulassungssteuerung soll die medizinische Überversorgung in der Region bekämpft werden.

Jourdan und Engelberger nannten konkret acht Fachbereiche, in denen in den beiden Basel eine Überversorgung vorherrsche: Anästhesiologie, Kardiologie, Neurologie, Ophthalmologie, Orthopädische Chirurgie und Traumatologie des Bewegungsapparats, Oto-Rhino-Laryngologie, Radiologie und Urologie. Alle bereits zugelassenen Ärzte und Praxen seien davon nicht betroffen, versicherte Thomi Jourdan. Wer aber eine Tätigkeit und eine Praxis eröffnen möchte, kann dies erst tun, wenn jemand anderes aufgehört. Jourdan und Engelberger gehen von 7 Millionen Franken aus, die durch die gemeinsame Zulassungssteuerung eingespart werden können. Ziel sei es, dass die Zulassungssteuerung in Baselland ab dem 1. April 2024 wieder in Kraft treten kann, falls der Landrat sie absegnet. In Basel-Stadt lief sie uneingeschränkt weiter. Die ersten Erfahrungen seien positiv, urteilte Engelberger.

Nicht erklärbare Mehrleistungen

Grundlage für sämtliche Planungen ist der gemeinsame Staatsvertrag für die Gesundheitsregion, den die beiden Stimmbevölkerungen im Gegensatz zur Spitalfusion deutlich angenommen haben. Die gemeinsame Spitalliste in der Akutstation ist 2021 in Kraft getreten. Ab dem 1. Januar 2024 soll es auch in der Psychiatrie eine gemeinsame Spitalliste geben. Damit verfolgen die beiden Kantone das Ziel einer vermehrten Verlagerung von stationären auf ambulante und intermediäre Angebote wie Tageskliniken und digitale Behandlungen.

Dadurch soll das Kostenwachstum gedämpft werden. Die Region Basel sei nach wie vor die Region mit den höchsten Kosten im Bereich Psychiatrie, mahnte Lukas Engelberger. «20 Pro-

zent der Mehrleistungen sind für uns nicht zu erklären», so der Basler Gesundheitsdirektor. Beide Kantone erwarten bis 2029 knapp 160 zusätzliche Behandlungsplätze, 42 davon in der Alterspsychiatrie.

Ausgenommen von den strengeren Vorgaben an die Leistungserbringer wie die Psychiatrie Baselland ist die Kinder- und Jugendpsychiatrie, da hier die Nachfrage zurzeit sehr stark wächst und das Angebot der Nachfrage nicht immer gerecht wird. Gemäss Fachleuten würden heute schon viele Behandlungen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ambulant vorgenommen, sagte Engelberger.

Thomi Jourdan, der seit dem 1. Juli im Amt ist, deutete an, dass bei künftigen regionalen Planungen bereits darauf geachtet werden soll, dass auch das Oberbaselbiet genügend versorgt sein wird. Aktuell sei das Angebot in der Agglomeration wesentlich dichter. «Wir werden aber nicht mit dem Zweihänder in der Agglomeration dreinschlagen. Aber wir haben ein Augenmerk darauf.»

Die erste gemeinsame Medienkonferenz von Thomi Jourdan und Lukas Engelberger fiel ausgerechnet in eine Zeit, in der in beiden Kantonsparlamenten mehrere Vorstösse für eine vertiefte Zusammenarbeit – ja sogar eine Wiederbelebung der Fusionsgespräche – hängig sind. Die beiden Gesundheitsdirektoren liessen sich diesbezüglich nur geringfügig in die Karten schauen. Es machte aber den Eindruck, dass Engelberger einer stärkeren Zusammenarbeit offener gegenübersteht als Jourdan. Für den Baselbieter ist klar: «Nur weil man mehr zusammenarbeitet, heisst das nicht, dass es günstiger wird. Eine Kooperation per se macht noch nichts günstiger oder besser.»

NACHRICHTEN

Sparmassnahmen bei Telebasel und Basel-jetzt

Basel | Die Stiftung Basel-Media hat Sparmassnahmen in der Redaktion des Regionalfernsehens Telebasel und dem Newportal Basel-jetzt angekündigt. Im Zuge der Umstrukturierung des Programm- und Redaktionsbereichs sollen 3 von insgesamt 38 Stellen abgebaut werden, wie die Stiftung gestern mitteilte. «Wir bedauern den Schritt ausserordentlich. Aber um die Stiftung langfristig finanziell gesund zu erhalten, ist er leider unerlässlich», sagt Geschäftsführer André Moesch. Das Jahr 2023 habe sich für die Branche als unerwartet schwierig erwiesen. Der Werbemarkt habe sich überraschend negativ entwickelt, es brauche grosse Anstrengungen, um Qualität und Medienvielfalt auch in Zukunft zu erhalten. Neben dem Stellenabbau im Redaktionsbereich wolle die Stiftung ihren Verkaufsbereich stärken, um die Ertragsituation zu verbessern. Dafür brauche es neue innovative Produkte und mehr Beratung. **sda.**

Coiffeursalon ist endgültig geschlossen

Läufelfingen | Der Coiffeursalon Trendsetter an der Hauptstrasse 21 in Läufelfingen ist von Inhaberin Nadia Maio endgültig geschlossen worden. Wie Maio auf Anfrage sagt, war es für sie trotz grosser Anstrengungen und monatelanger Suche nicht möglich, eine qualifizierte Coiffeuse zur Weiterführung der Filiale zu finden. Wie in anderen Branchen herrscht im Coiffeurbereich ein Mangel an Arbeitskräften. «Trendsetter» betreibt in Olten zwei Filialen sowie eine in Willisau. **pae.**

Zivilschützer sprechen Klartext

Arboldswil | Zweckverbund Argus: «Zusammenschluss kommt für uns nicht infrage»

Am Rapport des Zivilschutzverbands Argus wurde kantonalen Fusionsbestrebungen eine klare Absage erteilt. Dies komme für die 18 Argus-Gemeinden nicht infrage. Trotz der stark reduzierten Bestände ab 2026 sei Argus überzeugt, seine Aufgaben lösen zu können.

Willi Wenger

Hauptmann Christof Brügger, Kommandant des Zivilschutzverbands Argus, hat am Freitag in Arboldswil einen generalstabsmässig organisierten Bevölkerungsschutz-Rapport inszeniert. Dabei stand neben Rückblicken, Ausblicken, Beförderungen und Entlassungen ein Referat von Kommissionspräsident Johannes Sutter im Zentrum.

Sutter – er ist auch Gemeindepräsident von Arboldswil – thematisierte die kantonalen Fusions- und Zusammenschlussbestrebungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes und sagte, dass grösser nicht immer besser sei. Sehr deutlich wurde Sutter mit seiner Aussage, dass es für die 18 bei «Argus» angeschlossenen Gemeinden nicht infrage komme, von der jetzigen Organisation abzuweichen.

Die «politische Geschichte», die Sutter vortrug, handelte von wirtschaftlichem Druck, von Föderalismus, von fehlendem Vorausblick der Politik, von langer Reaktionszeit, von mangelnder Kreativität sowie von Grössenphantasien.

Ab 2026 wird es ernst

Die Besucher hörten unter anderem, dass nach einer Übergangszeit von fünf Jahren Anfang 2026 aufgrund der Bundesgesetzgebung zum Teil krasse Unterbestände im Zivilschutz Tatsache sein werden. Sutter beruhigte allerdings und sagte dezidiert, dass «Argus» trotzdem funktionieren werde und dass die Zivilschutz-



Christof Brügger, Johannes Sutter und Andy Mohr (von links) gestalteten wesentliche Teile des Abends. Sie äusserten sich zufrieden über den gelungenen Bevölkerungsschutzbericht. Bild en.

einheit top organisiert sei. «Ja, wir Gemeinden sind stolz auf unseren Argus-Zivilschutz.» Auch die politischen Behörden und die Verwaltungen würden hervorragend vom Zivilschutz und vom regionalen Führungsstab unterstützt, so Sutter weiter.

Allerdings: Die «nackten Zahlen» liessen dennoch aufhorchen. Der Sollbestand liegt heute bei 191 Personen, nach neuer Kantonsvorgabe sogar bei 250. Tatsächlich sind es aber nur 143 Angehörige des Zivilschutzes. Am 1. Januar 2026 sind nach heutigen Berechnungsgrundlagen noch 75 Frauen und Männer bei «Argus» im Dienst.

Was tut der Kanton gegen die Unterbestände? Diese Frage stellte Sutter in den Raum und gab gleich die Antwort. Das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (AMB) habe sein Heil zunächst in der Kantonalisierung des Zivilschutzes gesehen. Dieser Illusion habe jedoch die Versammlung der Gemeindepräsidenten vor zwei Jahren überdeutlich den Riegel geschoben. «Wenn schon, sollten die Zusammenschlüsse von unten her, auf den Zivilschutzorganisationen, geschehen.»

Warum «Argus» sich einem Zusammenschluss mit benachbarten Organisationen verweigert, habe Gründe, sagte Sutter. Viele Ein-

sätze in den vergangenen Jahren hätten eines gezeigt: Die Ortskenntnisse der Zivilschützer, der Kader und der Mannschaft seien von enormer Bedeutung. Als weiteres Beispiel nannte der Kommissionspräsident die Verschiebung von Notstromaggregaten bei längeren Stromausfällen, etwa zu den Polycom-Funkantennen der Blaulichtorganisationen. «Wenn man diese Wege in zum Teil sehr unwegsamem Gelände kennt, gelingt dies schon deutlich besser.» Ein weiteres «Argus»-Motto laute: «In der Krise Köpfe kennen.»

«Argus» richtet dem Kanton keine Forderungen aus, sondern lediglich Wünsche. So wünscht man sich etwa kreative Lösungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Baselland müsse zudem gegenüber dem Bund fordernder sein, wie etwa der Kanton Zug. Dieser habe vehement gefordert, dass die Zivilschutzdienstpflicht auch auf niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer ausgedehnt werde, sagte Sutter. «Argus» wird sich gemäss Kommandant Brügger noch besser organisieren, um auch mit reduzierten Beständen seine Aufgaben erfüllen zu können. Und: «Argus» wird vielfältig ausbilden.

Politik am Zug

Am Rapport überbrachte Roman Häring, der stellvertretende Leiter des AMB, die Grüsse seiner Dienststelle. Er würdigte die unlängst installierten Notfalltreffpunkte im Kanton. Stabschef Andy Mohr blickte aufs Jahr zurück und sagte, dass die Energieversorgung auch weiterhin gewährleistet sei.

Es war schliesslich Christof Brügger, der zuversichtlich nach vorne blickte. Er erwähnte die aktuelle Bedrohungslage, sagte aber, dass der Schutz möglich sei. Dazu brauche es allerdings Anstrengungen von allen Seiten. Gefordert sei primär die Politik, welche die Rahmenbedingungen aktualisieren müsse.